

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen  
K 335/26 (Sektion der Kommunistischen Internationalen)

Dienstag, 2. Januar 1923

## Bittgang statt Klassenkampf!

Nicht mehr „Punkte“ sondern nur noch Fragen.

Die Gewerkschaftsbürokraten setzen sich wieder einmal veranlaßt eine „Aktion“ zu unternehmen, um für eine zeitlang den Dreck der hungernden Massen abzuschwächen.

Sie haben der Cuno-Regierung nachstehende Fragen unterbreitet:

1. Inwieweit hat die Regierung Vorkehrungen getroffen, das für die kommende Winterperiode ein Ausgleichen in den Löhnen und Gehältern auch der Kleinrentner durchzuführen?
2. Inwieweit hat die Regierung dafür Sorge getragen, das die der Güter angebotenen Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand zu erwarten haben, und inwieweit ist die Regierung bereit, bei der Vorbereitung dieser innerwirtschaftlichen Maßnahmen auch Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören?
3. Ist die Regierung bereit, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes, insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen, bei ihren in Arbeit befindlichen Ergänzungsentwürfen zum Einkommensteuergesetz auszugleichen?
4. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot, insbesondere inwieweit will sie auf eine Kontrolle der Baustoffpreise hinwirken?
5. Was gedenkt sie zur Bekämpfung des Wuchers zu tun? Was für Maßnahmen hat die Regierung im Hinblick auf die Bekämpfung der Wucherbetätigung im besondern die Frage des Zinsobergrenzengesetzes, über eine Klärung ergriffen?

Selbst die Gewerkschaftsbürokraten noch nicht das Stinnesprogramm unterschrieben hatten, reichte ihre Aktionskraft noch zur Ausstellung von Punkten (Wiesfeld, Sachwertfassung, Rathenau-Mord usw.). Jetzt sind es nur noch Fragen, die an die Regierung gerichtet werden. Wenn die Bürokraten der Regierung diese Fragen lediglich gestellt hätten, um sie zu entlarven, ihren reaktionären arbeitserfreundlichen Charakter bloßzustellen, so hätte diese „Aktion“ noch irgend einen Sinn. Doch die Gewerkschaftsbürokraten erwarten, daß die Regierung tatsächlich etwas für das Proletariat tun könnte nach diesem Bittgang. Das ist entweder grenzenlos dumm oder demagogisch.

Wenn man einer Stinnesregierung solche Fragen vorlegt und von vornherein erkennen läßt, daß man keinen Finger krümmen wird, um die Arbeitermassen zur Durchsetzung von Forderungen zu mobilisieren, dann steht der Ausgang einer solchen Bitterei von vornherein fest. Nach einem langen Bericht trugen die Spitzenverbände ihre Beschwerden vor. Der Reichszentralrat und der Ernährungs-

minister antworteten mit höflichen Redensarten. Herr Cuno sagte: „Nach dem Willen der Regierung sind zur Tragung der unabwehrbaren Lasten alle Kräfte des Volkes nach Maßgabe ihres Könnens heranzuziehen.“ Tatsache ist, daß 12 Proz. des gesamten Steueranfalls von den Lohn- und Gehaltsempfängern in Form von Steuerabzügen getragen wird.

Die Gewerkschaftsbürokraten sagen von der Antwort, daß sie „nichtsagend“ wäre, daß man über sie „berstimmt“ und es „damit zu rechnen sei“ — daß die Gewerkschaftsführer — neue Verhandlungen verlangen werden!

Wahrscheinlich hat Herr Cuno bei der Besprechung die Gewerkschaftsführer vorat. In der Besprechung wurde als daß er das Cuno-Programm als „nichtsagend“ bezeichnet hat, als daß er das Cuno-Programm als „nichtsagend“ bezeichnet hat, als daß er das Cuno-Programm als „nichtsagend“ bezeichnet hat.

Jeder Arbeiter in Deutschland weiß, daß die Cuno-Regierung entschlossen ist, die Kapitalisteninteressen rücksichtslos gegen die Arbeiterschaft zu verteidigen. Nur die Führer des ADGB tun so als wüßten sie das nicht und verlangen, einmal abgewiesen, neue Verhandlungen, die ebenso wenig wie die ersten zu einer Besserung der Lage der Arbeiterschaft führen können. Es ist die höchste Zeit, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Führer zwingen, für die Forderungen der Arbeiterschaft nicht zu betteln sondern zu kämpfen!

Dann noch immer gibt, der früher auch von den Gewerkschaftsführern propagierte Grundsatz:

Nicht betteln und bitten  
Nur mutig gestreiten,  
Nur kämpft es sich schlecht  
Für Freiheit und Recht!

## Das Akkord- und Mordsystem in Ludwigshafen.

2000 Ausgesperrte! 12 stündige Arbeitszeit!

Die schrankenlose Durchführung des Akkord- und Prämienlöhns bildet den Hauptpunkt der 21 Sklavenbedingungen der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die den Arbeitern durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie aufzuzwingen wurden. Wir berichteten bereits von der im Oppauer Wert als Folge dieses Antireibersystems stattgefundenen Gasexplosion, die mehrere Opfer forderte. Die bürgerliche Presse, einschließlich des „Vorwärts“, stellte diese Explosion als eine „Folge des Streiks“ hin.

Jetzt kommt die Meldung von neuen Opfern des Antireibersystems der Anilinfabrik. Am 22. Dezember war eine Reihe von Arbeitern im Anilinhafen mit dem Ausladen eines Kohlentahnes beschäftigt. Natürlich kann unter dem Akkordsystem nicht genug angetrieben werden. So fauchte der Kran auf die Arbeiter, noch ehe sie vom Füllen des ersten Kranes auf die Seite springen konnten, hernieder und zerquetscht, zwei lebensgefährlich. Der eine soll bereits schweren Verwundungen erlegen sein.

Die ersten Opfer! Andere werden folgen. Draußen läßt man Tausende auf der Straße verhungern und drinnen läßt man sie ermorden. Und unter diesen schmachvollen Bedingungen empfahlen die Gewerkschaftsführer die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik wütet mit unmenschlicher Brutalität gegen die Lohnsklaven, Arbeiterleben gelten ihr weniger als je. Als in den letzten Tagen die wiedereingestellten Betriebsräte — es sind zirka dreizehn — das Betriebsratszimmer betreten

walkten, wurde ihnen dies offiziell von der Direktion verboten.

Ein anderes Beispiel! Im Bau D 35, wo sich das Hauptmagazin befindet, muß die gesamte Belegschaft von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr ununterbrochen arbeiten. Diese zwölfstündige Arbeitszeit wird angeblich mit Inventuraufnahme begründet. In Wirklichkeit ist es eine zielbewusste, planmäßige Durchbrechung des Achtstundentages. Wenn man früher bei dem Betriebsrat ein Anliegen auf Arbeitszeitverlängerung wegen Inventuraufnahme gestellt hatte, so wurde dies glatt abgelehnt und hatte dabei sein Bewenden. Heute können sich die Anilinfabrikanten alles erlauben, denn die Gewerkschaftsführer haben ihnen zum Sieg verholfen.

Trotz dieser Tatsachen hat das „Korrespondenzblatt“ des ADGB die Stirn zu behaupten, daß die Anilinfabrik nicht den Achtstundentag angreifen und durchbrechen wollten. Die Gewerkschaftsbürokraten wagen zu behaupten, daß die Sklavenbedingungen darum eingeführt wurden, weil die Arbeiter den Kampf aufnahmen!

Diese elende Verdrehung der Tatsachen verfangt bei keinem Arbeiter, am wenigsten bei der Belegschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die sich keineswegs als endgültig unterlegen fühlt und darauf brennt, den Abwehrkampf von neuem aufzunehmen. Vorher müßten jedoch überall die nötigen Sicherungen gegen eine Wiederholung des Verrates von Seiten der Reformisten getroffen werden.

## Kommunistischer Bürgermeister.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung zu Bürgel wurde der kommunistische Kandidat mit 6 von 11 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Kandidat der PSD erhielt 5 Stimmen.

## Von unten auf — zum Klassenkampf!

Kampf zu Beginn, Kampf am Ende des Jahres 1922. Niederlagen gegenüber der Staatsgewalt und den immer tonhöckeren Verträgen des Unternehmertums. Ein Gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, die es als ihre oberste Aufgabe betrachtet, dem Staat und dem Kapital in allen geschäftlichen Situationen helfend beizuspringen. Siege schließend aber alles gegen das Kapital. Denn das Durchbringen der Massen mit Klassenbewußtsein, mit Kampfbereitschaft, mit der Einsicht in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist nicht nur die Voraussetzung der Niederlage der wirtschaftsfeindlichen Gewerkschaftsbürokratie, sondern das Ueberwinden der kapitalistischen Gesellschaft.

Am Beginn des Jahres stand der Kampf der Eisenbahner, einer Beamtenkategorie, deren Erlösen der Staat an dessen Gürtel ihre Hand legt, nicht garantieren kann. Die Beamten pochten auf das Recht des durch die Verfassung gewährtesten Streiks, bedrohten die herrschende Regierung, es erließen im entscheidenden Moment von Arbeitern, von der SPD und vom ADGB, den Volkstrotz, den die Beamten nicht überwinden konnten. Die Beamtenkategorie wurde durch die Verabschiedung des Beamtenstreikgesetzes im Reichstag, dem Herrn Groener die Bahn freigegeben wurde, durch die Verabschiedung der Arbeitszeitverlängerung, Maßregelung und Eisenbahnpreiserhöhungen.

Die Eisenbahner haben ihren Vorstoß gegen den Staat nicht durchsetzen können. Voraus ging die Besetzung der Eisenbahnen durch die verschiedenen Industriezweigen bestehende 40-Stundenwoche. Man verweigerte den Metallarbeitern Süddeutschlands jede Lohnverhöhung, zwang sie in den Kampf. Nach 13 wöchigem, mit eigener Energie geführtem Streik brach dieser Kampf zusammen: im Hauptverband des ADGB war kein Wille zum Sieg. Der ADGB selbst schied aus für die vollstündige Ausübung des „reinen“ Achtstundentages.

Am 23. März trat im Reichswirtschaftsrat eine „Güterachtenkommission“, die von Unternehmer- und Arbeitervertretern darüber Auskunft verlangte, ob angesichts der bedrohlichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands der Achtstundentag beibehalten werden könne. Die Herren Hilferding, Leipart, Wiesel und Bacslow erklärten sich „grundsätzlich“ für den Achtstundentag. Diese grundsätzliche Einstellung hinderte die Gewerkschaftsbürokratie nicht, praktisch den Achtstundentag preiszugeben. Millionen von Arbeiter wurden mit Genehmigung der Gewerkschaften geleistet. Auf Betreiben des ADGB konnte das Ueberstundenabkommen im Bergbau abgeschlossen werden. Die Dienstdauer-Vorschritten bei der Reichsbahn und das Gesetz über die Arbeitszeit für die Hausgehilfen erziehen den Weg für die Arbeitszeitgesetzgebung gegen gewerbliche Arbeiter und Angeestellte. Die antisozialen Gesetze sollen alsbald verabschiedet werden. Die unentschlossene, feige Haltung der Gewerkschaftsbürokratie veranlaßt die Stinnes-Führer, für die Dauer von 15 Jahren rücksichtslose Befestigung des Achtstundentages, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ohne Mehrbezahlung zu verlangen. Die Kapitalisten fanden geradezu einen Helfer in den Reihen der ADGB. Einige Namen genügen, um den Nachweis zu erbringen, daß es mit dem grundsätzlichen Festhalten am Achtstundentag nicht weiter ist. Cohen und Lindemann, Reich und Schippel und auch der damalige Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, alle diese „Prominenten“, sind sich einig, daß die Arbeiter länger als 8 Stunden schuften müssen.

In der Mitte des vergangenen Jahres erhielt der Kampf um die Erhaltung der Sachwerte, formuliert in den von dem ADGB aufgestellten 10 Steuerforderungen, aus Anlaß des Rathenau-Mordes neuen Auftrieb. Wiederum proklamierten die Anführer des Proletariats um die Früchte seines Kampfwillens. Millionen von Proletariats standen auf der Straße, gewärtig der Parole zum Handeln. Die Führer aber händelten, gaben ihre Forderung nach radikaler Ausmerzung aller sozialrevolutionären Elemente preis. Man ließ ein „Entschuldigendes“ keine scharfe Anwendung gegen revolutionäre Arbeiter fand. Die Leute um den ADGB verstehen es, bei allen möglichen Anlässen Forderungen herauszugeben, aber nie sind sie gewillt, für herausgesetzte Ziele zu kämpfen. Es wurden denn auch die Forderungen: Erhaltung der Sachwerte, Befestigung aller reaktionären Elemente, zu den Ältesten gelangt, zum Bielefelder Abkommen, zu den Forderungen der Arbeitslosenaktion, eine Klärung aber brachte der Rathenau-Mord. Die Kommunisten hatten den Helden vom ADGB zu tief in ihre „gezinkten“ Karten geschaut, ihre feige Rolle aufgedeckt. Sie können bei ihrem Klassenkampf am großen Tisch keine zielfähigen Vertreter der Arbeiterinteressen gebrauchen, darum lehnen sie für alle Zukunft gemeinsame Aktionen mit Kommunisten ab; sie wollen ihr Schicksal mit der Stinnes-Compagnie nicht mehr teilen lassen.

Kurz vor den Tagen der Rathenau-Demonstrationen tagte der II. deutsche Gewerkschaftskongress in Leipzig. Wenn auch auf diesem Kongress die „demokratischen“ Wahlmethoden einer machtthürnen Bürokratie eine Majorität der Vertreter Klassenbewußter Gewerkschafter verhinderten, so zeigte sich doch, gemessen an dem Verhältniß der abgegebenen Stimmen ein stark wachsender Einfluß der Kommunisten. Die Revolutionäre, von uns noch nicht erfaßt, Mitglieder der „demokratischen“ ihre Abneigung gegen die Arbeiterschaft.

Verlag  
Karl - Kautsky



Wille für die Erlangung der Sachverhalte im Hinblick auf die... vor der Beendigung des Streikrechts, das sich in der unentschiedenen Haltung des Kongresses zu... Fragen zum Ausdruck. Die Streikrechte, ein... Bundesstaat, wurden abgelehnt. Die Arbeitsgemeinschaft wurde von der Mehrheit der Delegierten, die aber nicht... Mehrheit der Mitglieder vertraten, abgelehnt... für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.

### Die Opfer der Verräter sollen nicht hungern!

In Ludwigshafen haben 2000 Arbeiter... Strafe. Der Anführer muss gezwungen werden... Ausgesparten wieder einzustellen. Die Arbeiter... aber ihre Sache nehmen, indem sie die... hungern lassen...

Es ist zu befürchten, dass die brutalen Gewerkschaftsbürokraten jetzt noch die Gemahrgelassen ohne jede Unterstützung lassen wollen. Bis daher der Wille der Gewerkschaftsmitglieder sich durchgesetzt hat, ist die Streikleitung allen angewiesen auf die Gelder, die zur Unterstützung des Kampfes gedacht, noch reichlich fließen. Die Anführer sollen nicht die Verantwortung haben, dass die von ihnen dem Hungertod überantworteten wirklich zugrunde gehen und dass auch nur einer der Kampfkämpfer um Gnade winkeln muß.

Die Streikleitung hat für die Weihnachtsterrage jedem Gemahrgelassen 5000 Mark ausgezahlt. Das ist wenig, an der Arbeiterfront liegt es, diese Hilfe zu verweigern.

Die ausländische Arbeiterfront, die den Kampf in der Holz-aktio unterstützte, deren Unterstützung jetzt noch abgelehnt werden zur Unterstützung der Gemahrgelassen, sieht auf Deutschland. Sie bewundert die im letzten Kampf gezeigte proletarische Kraft, sie ist weiterhin zu aktiver, internationaler Solidarität bereit. Die Arbeiterklasse Deutschlands muß darum die Feinde aus den eigenen Reihen beseitigen, damit in künftigen Kämpfen der proletarische Opfermut zum geordneten Ziel führen kann.

### Weitere Spenden für die Gemahrgelassen:

- 1 Million Mark aus Zürich.
- Ein Telegramm aus Zürich vom 21. Dezember versichert den Pfälzer Arbeitern die volle Sympathie der Schweizer Arbeiterfront und meldet den Abgang einer Million Mark nach Ludwigshafen.
- Die Holz- und Bauarbeiter der Sektion Zürich haben aus der Tasche allein 200 Schweizer Franken (250 000 Mark).
- Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter, hat ebenfalls aus der Lokaltasche bewilligt.
- Die Jugendsektion Remach (Schweiz) breitet ihre Bewunderung und Sympathie ebenfalls eine kleine Gabe.

Paris, den 23. Dezember 1922.

Nach einer Anstellung der Humane... ersten Teilgebühren der Sammelaktion... Millionen Mark für die Ludwigshafener... sammelt worden.

Kristiania, den 23. Dezember 1922.

Wir überreichen heute an die Deutsche Bank 5 Millionen Mark für die Streikenden in Ludwigshafen.

Gewerkschaftskommission... gegen...

enden weitere 3 Millionen... aus Moskau gemeldet wird... gassen weitere 2 975 000 deut... wirtschafter Arbeiter abgehandelt.

**Opfermut der Metallbrüder und Politiker Berlins.**  
In der am Dienstag, den 19. Dezember, stattgefundenen Branchenvorversammlung der Berliner Metallbrüder und Politiker wurde einstimmig beschlossen, den Ludwigshafener Arbeitern sofort 50 000 Mark zu überweisen.

Die Branche umfaßt nur etwa 500 Kollegen und hat erst vor kurzem eine mehrwöchige Aussperrung der Unternehmer über sich ergehen lassen müssen.

36 Kollegen der Firma Ludwig Löwe, Hüttenstraße, Abteilung Metallgießerei, haben für die Ludwigshafener Arbeiter 7150 Mark gesammelt und abgeführt.

**Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes rechnen ab.**  
Eine Betriebsversammlung der Goertz-Phototechnischen Werke, Zehlendorf, beauftragte ihren Betriebsrat, beim Fabrikarbeiterverband gegen die Haltung der Führer zum Streik zu protestieren und Forderung zu verlangen. Gegen nur 4 Stimmen wurde fürner der Beschluss gefasst, den Pfälzer Kollegen wöchentlich einen Stundenlohn abzuführen.

Die Geschichte der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat noch keinen solchen Akt internationaler Solidarität aufzuweisen, wie ihn der Streik in Ludwigshafen hervorgerufen hat.

### Arbeiterbewegung.

#### Der Kampf der Eisenbahner Amerikas.

Wie aus New York gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung sich eine Verordnung des Obersten Gerichtshofs bestellt, die in der üblichen Weise den Streikenden verweigert, irgendwie den Eisenbahnbetrieb der Vereinigten Staaten zu führen. Mit Hilfe dieser Verordnung kann nun die Polizei belästigt gegen die streikenden Arbeiter vorgehen. Die Verletzung der amerikanischen Verfassung über die Brutalität der Harding-Regierung ist nur auf den Druck der Massen ist es zurückzuführen. Wenn selbst der revolutionäre Gompers, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, erkläre, daß die gerichtliche Verfolgung eine Verletzung der Verfassung ist.

Die Regierungssaktion gegen die Arbeiter... des Generalstaatsanwalt Daugherty, ein über berühmtes Jurist. Seit Monaten ist es einwandfrei festgestellt, daß Herr Daugherty von einem reichen verheirateten Schmeißer eine Millionenbestechung angenommen hat, worauf der verhaftete Schieber freigelassen wurde. Trotz dieser Skandalaffäre ist Herr Daugherty weiter im Amt und verteidet den Kapitalismus vor den Angriffen des Proletariats. Auf Veranlassung Daughertys wurde auch Genosse Foster kürzlich in Chicago verhaftet. Foster ist der Vorsitzende des Verbandes zur Schulung der Gewerkschaftsmitglieder. Als solcher steht er in der vordersten Reihe derer, die für die Revolutionierung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes kämpfen. Foster ist daher den Gewerkschaftsbürokraten und Kapitalisten äußerst verhaßt.

#### Gegen die Ueberdrückten.

In einer Oberte-Konferenz im Zeit-Weißmiesler Kohlenrevier, bei der sich unsere Genossen scharf gegen die geplante Durchführung der Ueberdrückten und Sonntagsschichten wandten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Bergarbeiter zwar die in Halle angeregten Schichten zur Kohlenförderung für alle und arme Leute verfahren wollen, aber nur, wenn die aus ähnlichen Gründen aus dem Betrieb geflogenen Arbeiter wieder eingestellt worden sind. Im übrigen wurde erwidert, daß man ja nur die ungeheuren Profite der Grubengewaltigen wegzunehmen brauche, um sie den armen Leuten zuzuwenden, dann sei doch alle Not zu Ende.

### Kommunistische Internationale.

#### Der Pariser Bezirksparteitag zum Artikel 9 des Statuts der Kommunistischen Internationale.

Aus Paris wird gemeldet. Der Pariser Bezirksparteitag, der sich nach seiner Sitzung am 20. August vertagt hatte, führte am 3. September seine Arbeiten zu Ende. Auch diese Sitzung stand im Zeichen der Koalition zwischen der Linken und dem Zentrum. Eine erdrückende Mehrheit bekannte sich zur Politik der Kommunistischen Internationale. Zunächst wurde die Umgestaltung des Statuts gemäß den Wünschen der Erhebeur erledigt. Danach wandte man sich dem Artikel 9 des Statuts der Internationale zu. Das ist der Artikel, auf Grund des die Erhebeur den Ausschluß von Fabre aus der Kommunistischen Internationale verfügt hatte. Gewisse Gruppen innerhalb der französischen Kommunistischen Partei hatten eine lebhaften Feldzug gegen diesen Artikel 9 geführt. Der Pariser Bezirksparteitag beschloß aber fast einstimmig, über die diesbezüglichen Anträge zur Tagesordnung abzugeben, um so die Zustimmung zu der Änderung des Artikels 9 anzunehmen. Die Gruppe der

genannten äußersten Linken in der Pariser Organisation geführt von Heine und Lavergue, die eine unklare Position gegen die Politik der Kommunistischen Internationale treiben, gab ihrem Mißvergnügen über Entwicklung in einer langen Erklärung Ausdruck. Bezirksparteitag hat aber gezeigt, daß diese Gruppe innerhalb der Organisation ebenso bedeutungslos ist, wie sogenannte Rechte.

### Sowjet-Rußland.

#### Der Verlauf der Sowjetwahlen.

Moskau, 18. Dezember.  
Aus der Provinz sind folgende Ergebnisse der Wahlen zu den städtischen Sowjets gemeldet: Baku 425 Kommunisten und 65 Parteilose, Erivan 96 bzw. 31, Saratow 340 bzw. 80, Tula 125 bzw. 41, Kowninsk 55 bzw. 32, Penza 106 bzw. 104, Simbirsk 85 Prozent Kommunisten.

Im Gouvernement Odessa sind von den über 10 000 Mitgliedern der Dorfsowjets nur 121 Kommunisten, im Gouvernement Madimir 103 von 9 000 Dorfsowjets gewählt worden. Auf dem Katai der Tschernomorski Front standen 228 Parteilosen 80 Prozent Kommunisten über.

Wie sind noch nicht in der obigen bürgerlichen Meldung zu kommen, aber richtig, würde sie auch nur die Stärke der russischen Bruderpartei, sogar in rein bauerlichen Gegenden beweisen. Ein großer Teil, der als parteilos gewählten Bauerndelegierten sympathisiert ebenfalls mit der K.P., die eine geschlossene Partei ist.

Der 4. Jahrestag der Roten Kriegsakademie. Die Rote Kriegsakademie in Moskau hat den 4. Jahrestag ihres Bestehens feierlich begangen. Die „Prawda“ schreibt aus diesem Anlaß, daß es zu den Hauptaufgaben der Akademie gehört habe, die Verbindung der marxistischen Lehre mit dem Kriegshandwerk herzustellen und ferner das Institut der Kriegskommissare durch das vollkommene Prinzip eines einheitlichen Oberkommandos zu erzeugen. Eine wichtige Rolle spielte die der Akademie angegliederte Kriegswissenschaftliche Gesellschaft zur Erforschung des Klassenkrieges, die sich den „Kampf mit der Routine und scholastischen Ideologie der Generalkriegsleitung der Vorrevolution“ zum Ziel gesetzt habe.

Sowjetruble, Muster 1923. Der Rat der Volkskommissare hat, in Bestätigung des Auftrages des Finanzkommissariats, nunmehr beschlossen, neue Geldzeichen in Umlauf zu bringen, welche die Bezeichnung „staatliche Geldzeichen der R.S.F.S.R., Muster 1923“ tragen. Ein Rubel Muster 1923 wird 100 Rubel Muster 1922 und 1 Million Rubel alter Muster gleichgesetzt. Die neuen Geldzeichen werden in folgenden Einheiten emittiert: 5, 10, 20, 25 und 50 Kopek.

### Vom Tage.

Weitere drei Todesurteile gegen Arbeiter in Südafrika. Die letzten drei der wegen Teilnahme an der Revolte im Randgebiet Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Die südafrikanische Arbeiterpartei hat den Generalgouverneur, dahin zu wirken, daß keine Hinrichtungen mehr erfolgen.

Martyr, der in unzähligen Wahlen als kommunistischer Kandidat gewählte Marineoffizier, soll in Kürze begnadigt werden. Falls diese Nachricht zutrifft, ist das ein Erfolg, unserer französischen Bruderpartei, die für diese Begnadigung eine unermüdete Propaganda geführt hat.

Die Ausbreitung der Faschistenpresse. Ab 1. Januar 1923 erscheint in Meissen eine neue Tageszeitung deutsch-völkischer Richtung. Die industriellen Geldgeber des Faschismus greifen offenbar tief in den Beutel, um die Bewegung, die sich so antikapitalistisch drapiert und die doch der beste Schutz des Kapitalismus ist, zu fördern. Was wird die lächerliche Regierung tun, um die Ausbreitung dieser deutschvölkischen Best zu verhindern?

Die irischen Eisenbahner haben beschlossen, am 31. Dezember den Generalstreik zu erklären, wenn bis dahin die Gesellschaften ihre Lohnforderungen nicht erfüllt haben.

Faschistische Reformpläne. Nach einer Erklärung aus Rom soll in Kürze die Dienstleistungen der Faschisten Monate ausgedehnt werden (bis zum 31. Dezember). Ferner sollen die Luftfahrtabteilungen und die Gruppen reorganisiert werden. An Stelle der reinen Papierschule soll in Zukunft der religiöse Unterricht als Hauptgrundlage treten.

Die Redaktion des „Il Lavoratore“, unseres letzter Bruderorgans, wurde von den Faschistenbehörden in den Redaktionsräumen verhaftet.

Die französischen Zentristen hielten in den Weihnachtstagen in Dijon ihren konstituierenden Kongreß und gründeten eine A.I. U.S.P., der aus der K.P. herausgeschmiffenen Führer. Die Rede Selliers soll in einer Broschüre demnächst erscheinen.

Ein neues Deutschland-Lied. Die Deutschen sind keinesfalls mit der republikanischen Schilderhebung des „Deutschland-Liedes“ durch Herrn Ebert zufrieden. Das Lied klingt ihnen zu altmodisch, zumal, wo jetzt sogar die Möglichkeit besteht, daß es von den sozialdemokratischen Friedensdelegierten vor dem Auseinandergehen im Haag angestimmt werden könnte! Sie haben sich also das Lied „umgedichtet“ lassen. Wir entnehmen einige Strophen der „Deutschen Tageszeitung“:



Die uns früher so begeistert, ach, wie machen sie uns bang:  
Deutsche Frauen tanzten Forttrott, Schandkuppel der deutsche Sang,  
euischer Wein nur noch für Fremde, deutsche Treue todeskrank.  
Breitet nunmehr der Berliner Polizeipräsident gegen eine derartige Verächtlichmachung ein.

**Die synagogale Statistik.** Die Horthy-Regierung hat ein umfangreiches Buch über die Gerichtstätigkeit der nachrevolutionären Epoche herausgegeben. Die offizielle Statistik gibt 1000 Fälle der gerichtlichen Verfolgung wegen Beteiligung an der Arierrepublik und 50 Todesurteile zu. Diese Ziffern genügen, um sich eine Vorstellung von den wirklichen Tatsachen zu machen.

**Ein päpstlicher Friedensbrief.** Der Papst veröffentlichte einen Hirtenbrief, in dem die Gefahr neuer Kriege beklagt wird. Neben dem Klassenkampf, dieser tödlichsten Krankheit der Gesellschaft, wird auch der verfallene Frieden, der nur auf dem Papier stehe, angeklagt. Eingig die katholische Kirche sei fähig, den Frieden zu sichern und den wahren Völkerverbund, das Christentum, zu erneuern. Die Zusammenkunft aller Bischöfe in Rom am 1. März, die für die Wiederherstellung des Friedens einberufen wurde. Der Hirtenbrief enthält noch Anträge an Italien, das sich mit dem Heiligen Stuhl noch nicht verständigt habe.

Im allgemeinen Elend meint der katholische Klerus die ersten und seine Macht wieder befestigen zu können. Die ersten Proteste hat er sich bei der französischen Presse, die wegen der Anschuldigung des französischen Imperialismus und wegen der Bezeichnung des Friedens als Papierfrieden empört ist, bereits geholt.

### Aus der Partei.

#### Die Erhöhung der Parteibeiträge.

In Hamburg beschloß eine allgemeine Funktorenversammlung, im Januar folgende Beiträge zu erheben: Männliche Mitglieder der KPD. 260 Mk., weibliche ohne Erwerb 40 Mk., (weibliche mit Erwerb sollen den doppelten Betrag zahlen), Erwerbslose 40 Mk., wobei das Ortsstatut die Möglichkeit bietet, den Erwerbslosen den Beitrag zu stunden oder ganz zu erlassen; das Eintrittsgeld soll auf 100 Mark erhöht werden.

#### Fortschritte der kommunistischen Presse im Rheinland.

Trotz der Preiserhöhungen und der Teuerung ist es durch den Eifer unserer Genossen gelungen, die Abonnentenzahl unserer Blätter in der letzten Woche wie folgt zu steigern:

Die Zahlen der neuen Abonnenten:	
„Freiheit“, Düsseldorf, in Düsseldorf	460
in Hamburg	393
„Bergische Volksstimme“, Solingen	630
„Bergische Arbeiterstimme“, Reimscheid	244
„Ruh-Echo“, Essen	180
„Arbeiterzeitung“, Gelsenkirchen-Buer	1067

Das Vertrauen der rheinischen Arbeiterchaft zur kommunistischen Partei wächst rasch. Auch die Parteiorganisationen haben in der letzten Zeit zahlreiche Neuaufnahmen gemacht. In Dortmund trat ein Arbeiter der SPD. zu uns über, der ein Mitgliedsbuch der SPD vorlegte, wonach er dort 25 Jahre Beiträge gezahlt hatte. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Was die Genossen im Rheinland-Westfalen und Thüringen können, müssen auch wir fertig bringen. Darum: Wohlan! ans Werk!

Überall in dürres Holz um unsere Blut zu führen!

# Der Gärungsprozeß in der USPD.

## Die USPD.-Arbeiter gegen die Politik ihrer „Führer“.

Vor einigen Tagen fand eine Konferenz des Unterbezirks-Plauen der USPD. statt, in der nach eingehender Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen wurde.

„Die am 17. Dezember tagende Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Plauen im Bezirk Zwickau hat sich mit der politischen Lage und der Politik der Vereinigten Sozialdemokratie seit dem Sturz des Kabinetts Wirth beschäftigt. Sie ist nicht der Meinung, daß es im Interesse der Arbeiterklasse lag, der Regierung Cuno als einem ausgesprochenen Kabinett der Deutschen Volkspartei zum Regieren zu verpflegen; zumindest hätte sich die Reichstagsfraktion die Stimme enthalten sollen. Um zu beurteilen, welche Politik eine Regierung mit dem Volksparteiler Dr. Brüdermann als Reichswirtschaftsminister besonders in den jetzt so brennenden Fragen der Wirtschaftspolitik treiben wird, bedarf es nicht der praktischen Nachweise.

Die Funktionäre der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im Unterbezirk Plauen richten an die in den Parlamenten des Reiches, der Länder und Gemeinden und in den Regierungen und Gemeindeverwaltungen tätigen Genossen die dringende Aufforderung, keine Mittel unversucht zu lassen, um die großen Gefahren zu bekämpfen, die der gesamten minderbemittelten Bevölkerung in diesem Winter drohen. Vor allem muß überall der Wucher mit den Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln, die Willkür der Unternehmer in den Betriebsmischgründungen und Stilllegungen bekämpft und für eine rechtzeitige Anpassung der Unterstützungen jeder Art an die fortschreitende Geldentwertung gewirkt werden. In der Frage der Steuerpolitik muß auf eine ganz andere Heranziehung des Besitzes hingewirkt, die Forderung auf Erfassung der Sachwerte muß erneut erhoben werden, und es muß eine gesteigerte Aktivität der Partei auch außerhalb der Parlamente eintreten.“

### Kein Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit.

#### Thüringer Bezirksparteitag der USPD.

Unter dem Titel: „Die USPD. Thüringen gegen die Große Koalition — Es gibt keinen Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit — Die Saboteure des Achtstundentages gebrandmarkt“ berichtet „Das Volk“, Organ der USPD. in Jena und Weimar, über den Thüringer Bezirksparteitag der USPD., der Sonntag in Erfurt stattfand. Das Ergebnis war, daß die Resolution der Bezirkskonferenz in Weimar, die das Vertrauensvotum der Reichstagsfraktion für die Regierung Cuno verurteilte, und die Entscheidung aller wichtigen Parteifragen durch die Gesamtheit der Funktionäre fordernde, gegen eine Stimme angenommen wurde. Ueber die Diskussion berichtet „Das Volk“:

„Die Aussprache der Delegierten aus dem ganzen Thüringer Lande und den anschließenden preußischen Landesteilen zeigte mit einer geradezu zermalmenden Eindeutigkeit und wuchtigen Geschlossenheit, daß die Frage der Großen Koalition für die Thüringer Sozialdemokratie ein Problem von irgendwelcher Zweifelhaftheit nicht ist. Ein Redner nach dem andern lehnte mit klaren, ent-

schiedenen Worten die Koalition mit der Deutschen Volkspartei als überhaupt nicht diskutabel rundweg ab.“

Am entschiedensten wandten sich die Vertreter des Unterbezirks Jena gegen die Politik der Großen Koalition. Der Unterbezirk Jena stellte auch den Antrag, das sozialdemokratische Mitglied des Reichswirtschaftsrates Cohen-Kneuß, der sich eben wieder unter dem wührenden Beifall aller Arbeiterfeinde gegen den Achtstundentag ausgesprochen hat, aus der Partei auszuschließen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Der Vorwärts, der zuerst nur mitgeteilt hatte, daß die Tagung sehr lohnend und zur Zufriedenheit aller Beteiligten (?) verlaufen sei, mußte sich gestern entschließen, möglichst verdeckt den Ausschlußantrag gegen Cohen mitzuteilen.

### Gegen die Stinnes-Sozialisten.

#### Cohen, Singheimmer und Schippel.

Die Propaganda führender Sozialdemokraten gegen den Achtstundentag und für das offene Bündnis mit der Großbourgeoisie empört die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr. Ueber Max Cohen, der im Reichswirtschaftsrat unter dem wührenden Beifall der Kapitalisten für Arbeitszeiterlängerung eingetreten ist und eine Broschüre gegen den Achtstundentag herausgegeben hat, schreibt die sozialdemokratische „Westfälische Allgem. Volkszeitung“ in Dortmund:

„Im ganzen genommen: Der „Sozialdemokrat“ Cohen wird mit seiner Streitschrift wider den Achtstundentag viel Beifall finden im Kapitalistenlager; die Arbeiterchaft lehnt ihn als Lehrer und Sachverständigen ab, sie lehnt ihn ebenso ab, wie sie jenen Cohen ablehnte, der sich für den U-Boot-Krieg begeisterte und sich mit einem Pluralwahlrecht an Stelle des Dreiklassenwahlrechts begnügen wollte. Wir sagen noch weiter: Cohen hat durch seine Schrift den Beweis erbracht, daß er Fähigkeiten hat, Syndikus eines Unternehmerverbandes zu sein, und daß er das sozialistische Denken verlernt zu haben scheint; wir wünschen, daß er die Folgerungen daraus ziehen möchte.“

In einer Frankfurter Vertrauensmännerversammlung der USPD. versuchte der Professor Singheimmer in stundenlangender Rede die Notwendigkeit der Großen Koalition darzutun. Die Funktionäre antworteten damit, daß sie — wie es heißt, mit knapper Mehrheit — den Standpunkt Singheimmers ablehnten und von der Reichstagsfraktion eine Kritik Cuno verlangten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich bei ihrem Kampf gegen die Cohen, Singheimmer, Schippel bald klar darüber werden, daß diese nur die konsequente, ehrlichen und ungeschicktesten Vertreter der Politik sind, die von ihren Führern überhaupt betrieben wird, und daß sie ihren Kampf gegen die gesamte arbeitgemeinschaftliche Politik ihrer Partei richten müssen.

## Drei Menschen

78. Roman von Maxim Gorki.

„Des Nachts kommt Verstörung über Ar in Moab, las Jakob. Sie ist dahin. Des Nachts kommt Verstörung über Ar und Moab, sie ist dahin!“

Jakobs Stimme klang schwach und knarrend wie das Geräusch einer Säge, die in Holz einschneidet. Wenn er las, hob er die linke Hand empor, als wollte er alle Kräfte des Saales herbeirufen, damit sie die unheilvollen Prophezeiungen des Jesajas anhörten. Von seinem Gesicht waren die Augen nicht ganz ganz verschwinden, und die großen, Augen inmitten derselben gaben seinem Gesicht einen Ausdruck. Sobald er Jsa las, das Buch hin und richtete an den Freund die Frage:

„Wurde nicht gelesen?“

„Nicht gelesen.“

Jakob traurig. „Wie seltsam ist das Märchen! Sie war da, und plötzlich hat sie sich verabschiedet und ist verschwunden!“

„Wohin?“ fragte Jsa.

„Über da.“

„Über Jakobs Gesicht, und seine Augen gingen ängstlich auf und her.“

„Er hat ein Kringeln gebracht, und See und Zucker hat dich schon genug hier herumgewälzt“, sagte er. „Lass dich gesundschreiben! Ich habe aber den Doktor gebeten, daß er mich noch nicht weglassen soll. Hier ist es hübsch so still, so gemächlich.“

„Da ist Nikita Segorowitsch — wir lesen zusammen, er hat eine Bibel. Sieben Jahre lang hat er darin schon gelesen. Alles kennt er auswendig und versteht die Prophezeiungen auszuliegen.“

„Wenn ich gesund werde, will ich mit Nikita Segorowitsch zusammenleben, will weggehen vom Vater. Ich werde Nikita Segorowitsch in der Kirche helfen und auf dem Chor sitzen.“

Der Wächter hob langsam seine Brauen empor, unter unter denen ein paar große, dunkle Augen sich langsam in tiefen Höhlen auf und nieder bewegten. Ruhig und glasig, mit starrem, matten Blick schauten sie in Jisas Gesicht, und Linsen fuchte unwillkürlich ihnen auszuweichen.

„Was für ein schönes Buch ist doch die Bibel.“ rief Jakob, ganz hin vor Entzücken, und Mascha, sein Vater und alle Bräuer waren verlegen. „Was darin alles gesagt ist, Bruder, was für Worte!“

Seine weitgeschweiften Augen glitten von den Seiten des Buchs nach Jisas Gesicht und dann wieder zurück nach dem Buche, und er zitterte vor Aufregung.

„Und auch jene Stelle ist drin — erinnerst du dich? — die der Bivalkundige in der Schenke zum Onkel sagte: Friedlich sind die Zelte der Räuber. Sie ist drin — ich sah sie gezeichnet. Und noch Aegerers steht drin!“

Jakob schloß die Augen und sprach mit aufgehobener Hand, in feierlichem Tone:

„Warum leben denn die Gottlosen, werden alt und nehmen zu mit Gütern? Gott behält das Unglück für seine Kinder.“

„Wer ist der Allmächtige, daß wir ihm dienen sollen? Oder was sind wir's gebessert, daß wir ihn anrufen?“

„Steht das wirklich drin?“ fragte Jsa ungläubig.

„Wort für Wort!“

„Nach meiner Meinung ist das... fündhaft!“ sagte Jsa.

Der Wächter verzog keine bulgischen Brauen, daß sie seine Augen bedeckten. Sein Bart bewegte sich hin und her, und er sprach laut vernehmlich, mit dumpfer, festlicher Stimme:

„Die Kühnheit des Menschen, der die Wahrheit sucht ist nicht fündhaft, denn sie entspringt aus höherer Eingebung.“

Jsa überließ ein Schauer. Der Wächter aber leuzte tief auf und fuhr ebenso langsam und vernehmlich fort:

„Die Wahrheit selbst gibt es dem Menschen ein: suche nicht! Denn die Wahrheit — ist Gott — und es steht geschrieben: Ein großer Ruhm ist es, dem Herrn zu folgen.“

Das Gesicht des Wächters, das ganz mit düstem Haarwuchs bedeckt war, stößte Jsa Achtung und Schen ein: es lag in diesem Gesicht etwas Erhabenes, Strenges. Seine Brauen hoben sich jetzt empor, er richtete seine Augen gegen die Decke, und sein riesiger Bart geriet wieder in Bewegung.

„Nies ihm doch, Jaska, aus Jisob vor, den Anfang des zehnten Kapitels“, sprach er zu Jakob.

Dieser schlug rasch ein paar Blätter in dem Buche um und las mit leiser, bebender Stimme:

„Meine Seele verdriehet mein Leben; ich will meine Klage bei mir gehen lassen, und reden von Betrübtes meiner Seele, und zu Gott sagen: Verdamme mich nicht; laß mich wissen, warum du mit mir haderst? Gefällt dir's, daß du Gewalt tust und mich verwirrst, den deine Hände gemacht haben?“

Jsa reckte den Hals in die Höhe und sah mit blinzeln den Augen in das Buch.

„Glaubst es wohl nicht?“ rief Jakob. „Bist doch ein Sonderling!“

„Nicht ein Sonderling, sondern ein Feigling“, sprach gemessen der Wächter. „Denn er vermag Gott nicht ins Antlitz zu sehen.“

Er wandte mit Mühe seinen matten Blick von der Decke nach Jisas Gesicht hin und fuhr streng, als wollte er ihn mit Worten zermalmen, also fort:

„Es gibt Stellen, die noch wichtiger sind als die, die du gelesen. Vers drei, Kapitel zweiundzwanzig, da ist das Umkehrwort. Meinst du, daß dem Allmächtigen gefalle, daß du dich so fromm machst? Oder was soll's dir von dem Wege gleich ohne Wandel machen?“

„Nachdenken, daß man in diesen Dingen was für sich greife.“

„Und ihr... begreift ihr sie...“

„Er?“ rief Jakob. „Nikita greift alles!“

„Über der Wächter sagte, seine...“

„Für mich ist's schon zu spät, den Tod zu begreifen... Sie haben mich...“

„aber weiter oben schwilt es wieder...“

„schwilt... und auch die Brust... und ich we...“

„sterben...“

Seine Augen starrten unverwandt auf Jisas Gesicht, ruhig und langsam fuhr er fort:

„Und ich will noch nicht sterben... denn ich hab' traurig geliebt, in Kränkungen und Bitternissen, Fr...“

„aber gab's nicht in meinem Leben. Von klein auf hab' ich immer gearbeitet und, wie Jaska, unter der Jute...“

„des Vaters geliebt. Er war ein Trunkenbold und ein...“

„Nisch, dreimal hat er mir den Schädel durchgeschle...“

„mit der Beine mit heißem Wasser verbrüht...“

„ich nicht — sie war bei meiner Geburt gef...“

„Gewunden wurde ich, ein Weib zu ne...“

„liebte...“

„Drei Tage nach der Hochzeit...“

„sie...“

„Ja...“

„Einen Schwager hatte ich — der...“

„mit dem...“

„und die eigene Schwester sagte mir ins Gesicht, ich hätte...“

„in die Schlinge getrieben. Und alle sagten, es...“

„abse...“

„sie...“

„Mädchen gestorben ist...“

„Neun Jahre hab' ich dann noch...“

„lebt, allein und einsam. Schrecklich ist's, so einsam zu leb...“

„immer hab' ich gewartet, ob die Freunde nicht endlich k...“

„men — und jetzt sterb' ich. Das war mein ganzes Leben...“

„Er schloß die Augen, schwieg und fragte dann...“

„Wohin hab' ich gelebt? Wie das Rätsel...“

„Jsa hörte seine düstere Rede, ganz gleich, mit bottom...“

„menem Herzen. Auf Jakobs Gesicht lag ein dunkler Schatten...“

„und in seinen Augen schimmerten Tränen. Sie schwiegen...“

„beide...“

(Fortsetzung folgt.)



Achtung Bildungsbeute!

Wir erlauben um umgehende Mitteilung, welche Ortsgruppen des Arbeitervereins zu Ehren der Revolution (Stobrich-Fest) vorgesehen haben. Die Meldungen müssen spätestens am 5. Januar in unsere Hände sein, damit wir genügend Referenten und Rezitatoren festlegen können. Später eingehende Meldungen haben so gut wie keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Bezirks-Bildungs-Ausschuss, 31 Hocher

Neue Schröpfung der Mieter.

Erhöhung der Verwaltungskosten um das Dreifache. — Instandsetzungszuschläge von 250 Prozent.

Der Magistrat der Stadt Breslau schreibt uns: Nach eingehenden Beratungen unter Zuziehung von Vertretern im Magistrat und Magistratsunterauschuss, sowie Mieter- und Vermieterorganisationen, wiederholten Regierungspräsidenten und Volkswohlfahrtsminister und nunmehr vom Magistrat die neuen Mieter auf Grund des Reichsmietengesetzes festgesetzt

blug für die Erigerung der Hypothekenzinsen. Erhöhung der Kosten der Hypothekenerneuerung ist verändert auf 10 Prozent festgelegt worden, doch dem Marktar Rechnung getragen werden, daß die Hypotheken in jüngster Zeit, wo sie erneuert werden mußten, meist nur noch zu einem Zinssatz von 7-8 Prozent zu erlangen waren und daß die Erzeugung durch Provision, Notariats- und Gerichtskosten in der Regel kaum weniger als 5 Prozent gekostet hat. Nichtsdestowen der zehnprozentige Zuschlag zur Deckung der Kostensteigerung nicht aus, so kann nunmehr der Selbstbetrag auf die Mieter in derselben Weise umgelegt werden, wie dies für die Betriebskosten vorgesehen ist.

Der Zuschlag für Verwaltungskosten ist auf das Dreifache erhöht worden. Er beträgt für Grundstücke bis zu 8 Wohnungen 90, Grundstücke bis zu 16 Wohnungen 105 und alle übrigen Grundstücke 120 Prozent der Grundmiete. Alle Wohnungen werden hierbei auch Gärten, Werkstätten, Büros u. w. gezählt. Nur die Wohnung des Vermieters sowie Werkwohnungen des Hausmeisters werden bei Festsetzung der Verwaltungskosten aufblagsstufe nicht mitgerechnet.

Der Zuschlag zur Deckung der Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten ist von 100 Prozent auf 250 Prozent erhöht worden. Im übrigen bleibt es bei der jetzigen Regelung, wonach der Mieter grundsätzlich die Instandsetzungsarbeiten innerhalb seiner Wohnung selbst tragen muß, mit Ausnahme der Kosten für die Instandsetzung der Dächer und Bau- und Entwässerungsanlagen, die nach wie vor der Vermieter zu übernehmen hat. Hierbei mag noch einmal die alte Schrift der hiesigen Ausführenden Verwaltung erinnert werden, wonach der Vermieter durch das Mietverhältnis die Umlegung der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten dann erziehen kann, wenn er nachweislich der 250prozentige Zuschlag während zweier Kalenderjahre nicht ausreicht, um die Kosten der seit Oktober 1922 ausgeführten notwendigen Instandsetzungsarbeiten zu decken.

Die Mietobergrenze für große Instandsetzungsarbeiten ist nun für jeden Einzelfall auf 150 Prozent bestimmt worden. In dem Maße, in dem der Mieter und der Vermieter größere Instandsetzungsarbeiten eine Begründung für die Erhöhung der Miete bilden, ist die Mietobergrenze der Miete im Einzelfall durch die Mietobergrenze zu ersetzen, was nur Zuschläge betreffen, nicht die dem eigentlichen Mietpreis entfallenden. Im übrigen wird im Mietvertrag die eine oder die andere Bestimmung der Mietobergrenze für den bestimmten Ausnahmefall für das jeweilige Mietverhältnis festzusetzen, nur mit Hilfe des Ausführenden möglich sein wird, die vom Vermieter bedingten Höher zu erhalten, für deren Wiederinstandsetzung Hunderte von Millionen aufzuwenden sein werden.

Die Erhöhung der Verwaltungskosten für die Verwaltungskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten wird einer behördlichen Rechtsprechung ferner bedürftig. Bei der von den letzten Höhe festgelegt. Jede Zustimmung — eingetragenen Gütervermittlung nur mit Bewilligung des Reichsmietengesetzes. Die Mietobergrenze ist eine Erhöhung auf das Dreifache, d. h. auf das 120 bis 150 Prozent, 100 Prozent für angemessen zu setzen. Der Regierungspräsident hat diese Erhöhung jedoch nicht für unzulässig erklärt, jedoch gesteht er die Rückkehr auf die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes.

Es ist eine stärkere Erhöhung als die auf das Dreifache der bisherigen Höhe nicht genehmigen zu können. Bezüglich der Erhöhung des Zuschlages für laufende Instandsetzungsarbeiten sei daran erinnert, daß in den letzten Monaten der Festsetzung der Mietobergrenze die Materialienpreise um etwa 500 Prozent, die Löhne auch um ein Vielfaches gestiegen sind. Es ist zu bedauern, daß im Volkswohlfahrtsministerium trotz der auch von Breslau aus noch jüngst erhobenen nachdrücklichen Vorstellungen nach immer eine Politik der Zurückhaltung der Mietzuschläge befolgt wird, bei der die Erhaltung der Häuser ernstlich gefährdet wird. (Der sozialistische Magistrat wünscht also größere Schröpfung der Mieter. Die Rebellion!)

An unsere Kolporteure!

Die Kolporteure werden um schleunigste Abrechnung für Dezember ersucht. Verlag und Expedition.

Die Neuzählung tritt mit dem 1. Januar 1923 in Kraft, die neuen Zuschläge gelten also erst für Januar oder das erste Kalendervierteljahr 1923. Im übrigen sind hier nur die Hauptpunkte erwähnt — muß auf die Bekanntmachung der neuen Verordnung in dem am 24. Dezember erschienenen Gemeindeblatt verwiesen werden, das zum Preise von 15 Mark in der Geschäftsstelle des Gemeindevorstandes, Gartenstraße 3, 3. Stages, in der Postmeisterei des Rathauses und im Büro des Mietereinsatzamts, Junkerstraße 13, Zimmer 21, in der Zeit von 7 bis 8 Uhr erhältlich sein wird!

Den Mietern werden also wieder einmal neue Lasten aufgedrückt. Der Mieter trägt nicht nur alle Instandsetzungsarbeiten in seiner Wohnung, sondern muß die Instandsetzungsarbeiten für das Grundstück mit bezahlen. Denn wenn die 250 Prozent nicht ausreichen, so können die weiteren Kosten den Mietern durch Umlageverfahren aufgelegt werden.

Der Mieter trägt also alle Lasten des Hauses, während zahlreiche Hausbesitzer durch Kauf und Verkauf von Grundstücken innerhalb weniger Monaten oft Hunderttausende verdienen. Was bedeutet der Magistrat und was bedeuten die Reichshörden zu tun, um zu verhindern, daß jene Spekulationen auf Kosten der Mieter ein Vermögen verdienen, und daß sie, ohne die notwendigen Instandsetzungsarbeiten zu übernehmen, die Häuser wieder weiter verkaufen.

Jeder Hausbesitzer, der ein Grundstück kauft, muß vorher gewarnt werden, daß Haus auf sein Kosten in Ordnung bringen zu lassen.

Es ist charakteristisch, daß der in seiner Mehrheit sozialistische Magistrat der Stadt Breslau nichts dazu tut, um diese Ausplünderung der Mieter durch Bodenbesitzer zu verhindern. Dagegen stellt sich der Magistrat der Stadt Breslau auf Seiten der Hausbesitzer und bedauert, daß das Volkswohlfahrtsministerium keine höheren Mietzuschläge festgelegt hat.

Die proletarischen Mieter in Breslau werden durch hundertprozentige Mietervereine bei den nächsten Stadtparlamenten gegen die Einführung der neuen Bestimmungen kämpfen.

Achtung! Mit Ostern werden erucht die genaue Abrechnung der Literaturarbeiten baldigst mitzuteilen. Produktiv-Genossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Mickelstraße 49/50, Abt. Buchhandlung.

Opfer des Kapitalklassen. Am Mittwoch, den 28. Dezember, früh 8 Uhr, eine Mine beim Aufbrechen unter Wasser. Hierbei wurden die Arbeiter Dornow und Gorbner getötet.

Aus der Arbeiter-Gruppenbewegung

Bestandteile. Am Montag, den 1. Januar, vor-mittags 10 Uhr, Bestandsaufnahme. Sammler, Jungferstraße, haben Schenkung zu erlangen. Das Spiel ist bis zum 25. bei Markt. Derzeitigen erucht die Bezirksleitung, zu der am 1. Januar 1923 bei Röntgen, Gohrdstraße 7, vor-mittags 9 Uhr, stattfindender Bestandsaufnahme von Seiten der Be-

zirksvereine um bestimmtes und pünktliches Erscheinen. Vor allem aber mit solche Delegierte zu entsenden, die auch eventuell eine Funktion in der Bezirksleitung in der Lage zu übernehmen sind. Bis dahin sind die noch ausstehenden Startnummern ohne Ausnahme abzuliefern. Die Bezirksleitung.

Briefkasten.

S. Z. Gedicht ist leider nicht druckfertig. Versuchen Sie, das, was Sie im Gedicht ausdrücken wollten, in Prosa zu sagen und lassen Sie sich durch die Ablehnung nicht vor weiterer Mitarbeit abbreiten.

Referendar. Mittel ohne Namensunterchrift können wir grundsätzlich nicht verwenden. Im übrigen sind Ihre Befürchtungen völlig unbegründet. Bei evtl. Veröffentlichung wird Ihr Name selbstverständlich nicht erwähnt und das Redaktionsgeheimnis schützt Sie vor jeder Indiskretion. Am besten ist, Sie suchen uns mal in der Redaktion, Trebnitzer Straße 50, auf.

Wienwald. Notiz betreffend Kreisvorstandlung ging ver-spätet ein und konnte nicht veröffentlicht werden. Anregung wird Berücksichtigung finden.

Versammlungs-Kalender.

Alle Leb. Seite mit. Brief. Rubrik muß ein Betrag von 0,4 gezahlt werden.

KPD Bezirkshaltung: Büro in Halle: Bresl. Mickelstr. 49/50. Bezirksamt: Mickelstr. 50/51. Adresse: Mickelstr. 49/50. Postfach: Breslau 58861. Alfred Bauer.

Freiburg. Freitag, den 5. Januar, abends 7,30 Uhr, im Rudwald (Steiner Saal), offene Mitgliederversammlung. Genosse Dohmer gibt Bericht vom 4. Weltkongress. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Sympathisierende willkommen. Saal geheizt.

Langebielau. Samstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, bei Eitner (Mitsaal) Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Geschäftsbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Kommunalwahl. Gegenstände. Jedes Mitglied muß unbedingt zur Stelle sein.

Reichenbach. Donnerstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Gen. Grig. eine Funktionärskonferenz statt, zu der sämtliche Funktionäre zu erscheinen haben.

KJD Bezirkshaltung: Max Gruber, Breslau 1, Mickelstr. 49/50. Postfach: Breslau 57595. Max Gruber.

Breslau. Helm Klein. Dienstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, im Minoritenhof, außerordentliche Generalversammlung. Der nächsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes (in) zu erscheinen.

Gewerkschaften

Bezirk Waldenburg. Gewerkschaftskommission. Am Sonntag, den 7. Januar, früh 10 Uhr, findet in Waldenburg, „Gemeindehalle“, nachmittags 1 Uhr, in Grotzberg, „Sprengelhaus“, Gewerkschaft und Sympathisierende erziehen soll, bitte aus allen Ecken des Sprengelbereichs.

Verantwortlicher Redaktor: Joh. Sartisch, Inzerate Max 31 Hocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Proletarier lies! Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden. Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Nieklastraße 49/50 Breslau Attl. Buchhandlung hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur anzuweisen.

Achtung! Wo? Kauf eine neue und billige Möbel. Jede Menge. Billig und schön. E. Kluge, Rautsch 121.

H. Freundberg. Bresl. Magierstr. 24. Enger, Le. 5. Holzgasse. Tel. 0. 1171 Nebenst. Alle Arten. Gute und feine. Holen. Feine. Harter usw. bekannt reelle Tagespreise.

Stoa H. Gehauer. Breslau 54. Schauerstr. 11. H. 22. Preisbillig. 11. H. 22. Preisbillig.

Im neuen Jahre wird ein jeder neue, größere, höhere Aufgaben zu erfüllen haben. Es gilt vor allem, den Ausbau unserer eigenen Druckerei zu vollenden. / Neue Leser, Abonnenten und Mitarbeiter müssen fründig geworden werden für die kommunistische Presse. / Inhaltlich und technisch muß unsere Zeitung ausgebaut und aktueller gestaltet werden, damit sie allen Proletariern im Klassenkampf führend vorgehen kann. / Das sind von den vielen nur einige Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Wir können sie nur erfüllen, wenn jeder seine Pflicht erfüllt. / Wir wollen zum Jahreswechsel unseren Lesern, Austrägern und Mitarbeitern nicht nach kleinstädtischen Gebräuchen ein „trohes, fröhliches Neues Jahr“ wünschen, sondern einen jeden dazu anfordern, im neuen Jahre noch besser als bisher seine Pflicht zu erfüllen. 0 0 0 0

Verlag und Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Kaufe Gold-Silber. Platin-Bruch. Zahngebisse. Uhren zu höchsten Tagespreisen. E. Beyer, Blücherstraße 75.

Schleier-Inschnitt. In allen Größen u. Stärken preiswert. Gebr. Tischler, Lederhändler, Weidenstraße 9, Postk. Sandstraße 78.

Anzüge. Paul Winkler, Neue Gravenstraße 11.

Herrn-Anzüge nach Maß. mit u. ohne Stofflieferung liefert preiswert. Schiedwerderstr. 51. Laden Reparatur und Aufbügung sämtl. Herren- u. Damen-Bekleidung.